

Übernahme aller Rechte und Pflichten der Charta

Rede des deutschen Außenministers vor der 46. UN-Generalversammlung

(25. September 1991)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident, Herr Generalsekretär, Exzellenzen, meine Damen und Herren! Diese Generalversammlung findet in einer von Grund auf veränderten Welt statt. Die Vereinten Nationen stehen im Mittelpunkt neuer Hoffnungen und Erwartungen der Menschheit. Dies macht ihr Amt, Herr Präsident, zu einer besonders verantwortungsvollen Aufgabe. Ich wünsche Ihnen hierzu Glück und Erfolg, ich grüße Sie als Vertreter eines Landes, mit dem wir seit langem eng und freundschaftlich verbunden sind.

Ich heiße die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen als neue Mitglieder der Vereinten Nationen willkommen. Sie hatten 1940 durch den verbrecherischen Hitler-Stalin-Pakt ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit verloren. Mit um so größerer Freude begrüßen wir Deutsche, daß die Geschichte dem Freiheitswillen dieser Völker endlich Gerechtigkeit widerfahren ließ.

Ich begrüße die beiden koreanischen Staaten. Dem koreanischen Volk wünsche ich, daß sein Wunsch in Erfüllung gehen möge, so wie das deutsche Volk frei und demokratisch in einem souveränen und unabhängigen Staat zu leben. Ich heiße auch die Marshallinseln und Mikronesien im Kreise der Völkerfamilie willkommen.

Herr Präsident, seit 1974 habe ich hier für die Bundesrepublik Deutschland das Wort ergriffen. In jedem Jahr habe ich erneut den Willen zum Ausdruck gebracht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Am 3. Oktober 1990 ist dieser Wunsch Wirklichkeit geworden. In dieser Stunde gedenke ich aller derjenigen, die in den Gefängnissen und Lagern Leben und Freiheit dafür geben mußten, daß sie in einem europäischen Deutschland der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte leben wollten. Unsere Achtung gilt allen denen, die wie überall in Mittel- und Osteuropa auch in der damaligen DDR auf die Straße gegangen sind, um friedlich Freiheit, Demokratie und Einheit durchzusetzen.

Heute spreche ich zum ersten Mal als Außenminister des vereinten Deutschland. Deutschland nimmt seinen Platz in der Familie der Vereinten Nationen auf der Grundlage der Charta unserer Staatengemeinschaft ein. Als Staat in Europa sind wir der Charta von Paris verpflichtet. Wir Deutschen verstehen das gewachsene Gewicht unseres in einem Staat vereinten Volkes als Auftrag zu größerer Verantwortung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde in einem europäischen Deutschland, das das nationalstaatliche Denken der Vergangenheit hinter sich gelassen hat. So wie die deutsche Spaltung Ausdruck der Spaltung Europas war, so trägt heute die deutsche Vereinigung zur Einheit Europas bei. Europa steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Wir Deutschen wünschen, daß dieses Europa sich in enger transatlantischer Verbundenheit entfaltet. Das Nordatlantische Bündnis und die Teilnahme der USA und Kanadas an dem KSZE-Prozeß bringen das zum Ausdruck. Die Transatlantische Erklärung der Europäischen Gemeinschaft unterstreicht den Willen zu immer engerer europäisch-nordamerikanischer Zusammenarbeit.

Das vereinte Deutschland setzt seiner Politik diese Ziele:

Erstens: Wir wollen die Europäische Gemeinschaft, der wir als Gründungsmitglied angehören, zur Europäischen Union und schließlich zu den Vereinigten Staaten von Europa fortentwickeln. Wir wollen in diesem Jahr die Entscheidung für die Politische Union und für die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden.

Zweitens: Wir wollen, daß alle demokratischen Staaten Europas dieser Gemeinschaft beitreten können. Für die neuen Demokratien in Europa, die die Marktwirtschaft einführen, muß mit der Assoziierung der Weg zur vollen Mitgliedschaft geebnet werden.

Drittens: Wir wollen das ganze Europa auf der Grundlage der Charta von Paris immer enger zusammenführen. In diesem Europa sollen auch die Völker der Sowjetunion, die sich eine neue Form des Zusammenlebens souveräner Republiken geben, ihren Platz einnehmen. Europa wird in konföderalen Strukturen seine neue Ordnung finden. Diese werden sich in unterschiedlichen Formen ausdrücken. Sie werden gewachsenen Strukturen Rechnung tragen, und sie werden den Regionen neue Möglichkeiten einräumen. Europa wird mit größerer Einheit zugleich größere Vielfalt erlangen. Es ist die Verantwortung der westlichen Demokratien, auch die materiellen Voraussetzungen für die Einheit Europas zu schaffen, damit nicht neue Grenzen, Wohlstand hier und Not dort, Europa teilen. Neue Prioritäten auch bei der materiellen Hilfe müssen gesetzt werden. Deutschland stellt sich dieser Aufgabe. Wir wollen als Europäer mit Europäern durch Hilfe für unsere östlichen Nachbarn das eine Europa schaffen. Niemandem im Westen wird es auf Dauer gut gehen, wenn es dem Osten auf Dauer schlecht geht.

Viertens: Wir wollen als Land im Herzen Europas mit allen Kräften für die Einheit unseres Kontinents arbeiten. Die einzigartige Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich unterstreicht das. Wichtig ist dafür auch die enge Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn. In der Erklärung von Weimar vom 29. August 1991 habe ich das mit meinem französischen Kollegen Roland Dumas und mit meinem polnischen Kollegen Prof. Dr. Krzysztof Skubiszewski zum Ausdruck gebracht. Als sich im Herbst 1989 für das deutsche Volk das Tor zur deutschen Einheit zu öffnen begann, habe ich am 27. September 1989 hier vor den Vereinten Nationen erklärt, Polen solle wissen, »daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.« Das war ein Signal, nicht nur an das polnische Volk, sondern an alle unsere Nachbarn. Diese Feststellung hat Eingang gefunden in den Zwei-plus-Vier-Vertrag und das deutsch-polnische Vertragswerk, das die Parlamente unserer beiden Staaten in diesen Tagen beraten. Auch der deutsch-tschechoslowakische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit steht vor der Unterzeichnung. Diese Verträge drücken wie der große Vertrag mit der Sowjetunion und wie die noch folgenden Verträge mit den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas unseren Willen aus, für das eine Europa zu wirken. Unser Verhältnis zur Sowjetunion hat inzwischen zentrale Bedeutung für



Erstmals im geeinten Deutschland zu Besuch war zur Jahresmitte der UN-Generalsekretär. Während der Visite, die vom 30. Juni bis zum 2. Juli dauerte, wurde er in Bonn außer vom gastgebenden Bundeskanzler vom Bundespräsidenten, vom Bundesminister des Auswärtigen und von der Präsidentin des Deutschen Bundestages empfangen. Zudem traf er mit Vertretern der politischen Parteien zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die künftige Rolle der Vereinten Nationen insbesondere bei der Friedenssicherung und der Wiederherstellung des Friedens. – Im Bild (v.l.n.r.): Javier Pérez de Cuéllar, Marianne von Weizsäcker, Marcela Pérez de Cuéllar und Richard von Weizsäcker in der Villa Hammerschmidt.

ganz Europa bekommen. Das deutsche Volk unterstreicht seine Entschlossenheit, die Lehren aus den unheilvollen Kapiteln unserer Geschichte in diesem Jahrhundert zu ziehen und zu einem Europa beizutragen, das durch Verantwortung und nicht durch die Machtpolitik von gestern bestimmt ist.

Fünftens: Wir wollen das westliche Bündnis auch unter den veränderten Bedingungen für Stabilität in ganz Europa wirken lassen. Die schon aufgenommenen Kontakte zu den früheren Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes einschließlich der Sowjetunion müssen zu einer umfassenden Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden. Strukturen kooperativer Sicherheit müssen entstehen. Unser Bündnis war, wie Vaclav Havel, der Präsident der ČSFR, am 21. März 1991 vor dem NATO-Rat bestätigt hat, niemals eine Bedrohung für andere. Die Überwindung des West-Ost-Gegensatzes hat den Weg frei gemacht für den radikalen Abbau der übermäßigen militärischen Potentiale. Wir wollen die konsequente Fortsetzung der konventionellen Abrüstung nach dem ersten KSE-Vertrag, wir wollen die weltweite Ächtung der chemischen Waffen. Die Beseitigung der nuklearen Kurzstreckenraketen und der nuklearen Artilleriemunition ist vordringlich. Diese Waffen wirken immer mehr destabilisierend, die Gefahr ihrer Ausbreitung wird größer. Wir erwarten von den Atommächten, daß sie die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen fortsetzen.

Sechstens: Wir wollen die KSZE handlungsfähig machen. Nach der Schaffung des Rates der KSZE-Außenminister und des KSZE-Dringlichkeitsmechanismus habe ich auf der Konferenz der KSZE über die Menschliche Dimension in Moskau am 10. September diesen Jahres konkrete Vorschläge vorgelegt mit dem Ziel eines wirksameren Schutzes der Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit – dieser Schutz muß auch ohne Zustimmung des betroffenen Landes möglich sein. Das Recht auf Selbstbestimmung und damit unmittelbar verbunden die Minderheitenrechte müssen überall geachtet werden. Europa entwickelt sich hin zu größerer Identität und zu größerer Pluralität. Daraus darf nicht neuer Nationalismus entstehen. Europäische Strukturen müssen diese Entwicklungen aufnehmen, wir müssen für alle Fragen eine europäische Antwort bereithalten. Das ist Aufgabe der EG, und es ist Aufgabe der KSZE. Die KSZE muß handlungsfähig werden auch für die Bewältigung von Krisen. Je mehr die Notwendigkeit schwindet, sich gegen Bedrohungen von außen zu schützen, um so mehr bedürfen wir eines Sicherheitssystems, in dem alle zur Gewährleistung der gemeinsamen Sicherheit zusammenarbeiten. Wenn wir es lernen, miteinander Sicherheit voreinander zu gewährleisten, sind wir in Europa auf dem Wege zu einem kollektiven Sicherheitssystem.

Siebtens: Wir wollen, daß das neue Europa seine weltweite Verantwortung wahrnimmt. Es darf und es wird sich nicht nur mit sich selbst beschäftigen. Die Entwicklung hin zu einem euro-atlantischen Kooperationsraum von Vancouver bis nach Wladiwostok eröffnet eine historische Entwicklungschance auch für die Entwicklungsländer des Südens.

Der Weltwirtschaftsgipfel der sieben Industrienationen – einschließlich Japan – steht bei der Erfüllung der globalen Aufgaben vor seiner Bewährungsprobe. Die Triade Nordamerika–Europa–Japan muß sich hier bewähren.

Die Dritte Welt wird nicht im Schatten dieser Entwicklung stehen. Sie wird von dieser neuen Ära entscheidend profitieren. Die Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa setzt endlich die Kräfte, die im Kalten Krieg gebunden wurden, frei. Die Menschheit braucht sie nun zur

Lösung der globalen Probleme des 21. Jahrhunderts. Die ersten Früchte dieser neuen Entwicklung zeigen sich schon. Der West-Ost-Gegensatz wird nicht mehr in der Dritten Welt ausgetragen. In Angola und in Kambodscha entsteht Freiheit, und auch in Afghanistan gibt es Zeichen der Hoffnung.

Auch im Nahen Osten eröffnet sich eine historische Chance zum Frieden. Wir alle hoffen, daß sich auf der kommenden Friedenskonferenz bei allen Beteiligten endlich die Einsicht durchsetzt: Es gibt keine verantwortbare Alternative zu einem echten Interessenausgleich, der Israel Sicherheit und Frieden und den Palästinensern Selbstbestimmung gibt. Außenminister Baker hat mit großem Engagement und unendlicher Geduld einem solchen Ausgleich den Weg geebnet. Er hat hierfür die volle Unterstützung Deutschlands. Die Resolution der Generalversammlung, die Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, muß aufgehoben werden. Die entsprechende amerikanische Initiative hat unsere Unterstützung.

In Südafrika haben Präsident de Klerk und Nelson Mandela Entscheidendes getan, um ein von Unterdrückung und Rassenhaß befreites Südafrika zu schaffen. Alle Bürger dieses Landes müssen mit gleichen Rechten am politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben teilhaben. Dies muß eine neue Verfassung sichern. Ein demokratisches Südafrika kann und muß zu einem Motor der Entwicklung und Stabilität in einer immer noch von Armut und Konflikten heimgesuchten Region werden.

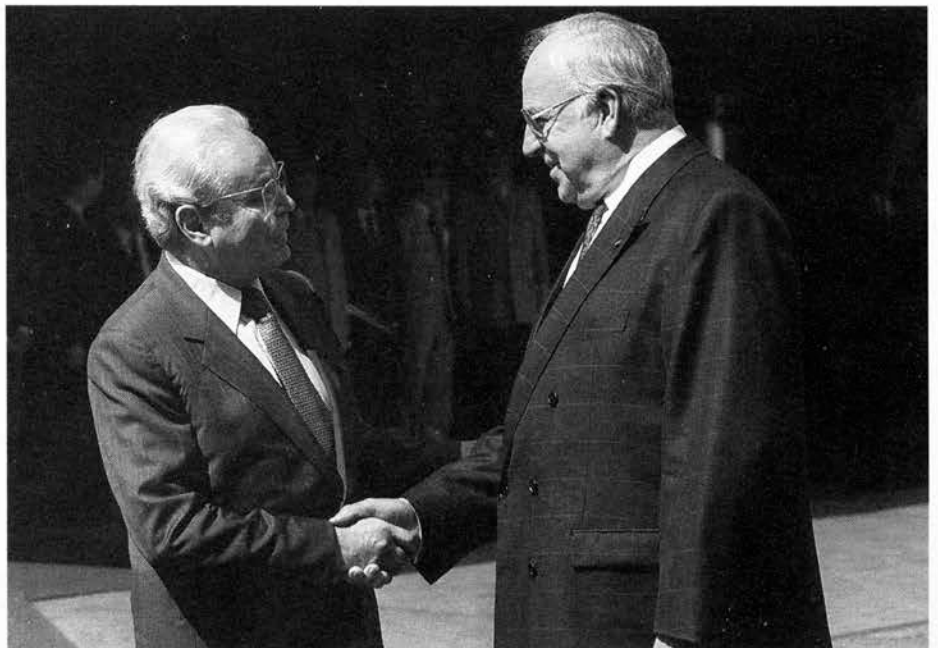
Auch die wirtschaftlichen Früchte der neuen Entwicklung in Europa sind bereits erkennbar. Der einheitliche EG-Binnenmarkt wird, so hat die UNCTAD soeben errechnet, die Exporte der Entwicklungsländer in die EG um 7 Prozent steigen lassen. Das ist ein Exportgewinn von 10 Milliarden Dollar für die Entwicklungsländer. Und wenn sich in einigen Jahren in Mittel- und Osteuropa und in der Sowjetunion ein dynamisches Wachstum entfaltet, dann entsteht hier ein auch für die Exporte des Südens bedeutsamer neuer Markt. Vor allem aber wird das Ende des Ost-West-Rüstungswettlaufs große Energien freisetzen, von denen die Dritte Welt Nutzen ziehen wird.

Achtens: Wir wollen, daß die Vereinten Nationen zum zentralen Handlungsfeld der neuen Weltordnung werden. Eine unabdingbare Voraussetzung dafür ist, daß die Resolutionen des Sicherheitsrates auch durchgeführt werden, voll und bedingungslos. Aggressoren wie Saddam Hussein darf es nicht länger erlaubt sein, die Menschen mit Aggressionen und mit Massenvernichtungsmitteln in Angst und Schrecken zu halten. Wir unterstützen Präsident Bush in seiner Entschlossenheit, neuerlichen Provokationen entgegenzutreten. Unsere Weltorganisation muß den Herausforderungen der neuen Zeit gerecht werden können. Konfliktverhütung, Bevölkerungspolitik und Umweltschutz müssen verbessert werden.

Die Überwindung des West-Ost-Gegensatzes hat die Weltorganisation aus ihrer Lähmung befreit. Diese neue Freiheit zum Handeln muß nun genutzt werden. Deutschland ist bereit, dabei mitzuwirken. Das vereinte Deutschland wird alle Rechte und Pflichten der Charta der Vereinten Nationen einschließlich der Maßnahmen der kollektiven Sicherheit übernehmen, auch mit unseren Streitkräften. Wir wollen dafür unsere Verfassung ändern.

Neuntens: Wir wollen zur besseren Koordinierung der Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen in Katastrophenfällen die Ernennung eines hochrangigen, nur dem Generalsekretär verantwortlichen Beauftragten. Dieser muß alle internationalen Hilfsmaßnahmen im Katastrophenfall koordinieren und über einen Soforthilfefonds schnell auf

2. Juli 1991: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl begrüßt Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar bei dessen Ankunft vor dem Bundeskanzleramt. Zuvor hatte der Generalsekretär einen Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn-Bad-Godesberg gehalten (Text: Europa-Archiv, Folge 14/1991, S.416-421) und dabei den Beitrag Deutschlands zur Arbeit der Weltorganisation auch »in Zeiten der Teilung und Schwierigkeiten, die nun glücklicherweise vorbei sind« gewürdigt. »Die Vereinten Nationen, gestärkt und neubelebt durch ein vereintes Deutschland, müssen den zukünftigen Herausforderungen mit Kreativität und Klugheit gegenüberreten.«



national verfügbare Rettungs- und Hilfsdienste zurückgreifen können. Wir wollen die Stärkung der Stellung des Generalsekretärs selbst. Er hat dies zu Recht immer wieder gefordert. Seine Amtszeit geht nun zu Ende. Die Welt hat ihn als Anwalt des Friedens, als Verteidiger der Menschenrechte, als Fürsprecher der Armen schätzen gelernt. In einer Phase epochemachender Veränderungen hat er mit klaren Vorstellungen und fester Hand das Ansehen der Vereinten Nationen gestärkt. Hierfür gebührt ihm der Dank und die Anerkennung der Völkergemeinschaft.

Zehntens: Wir wollen die Instrumente stärken, die Recht und Gesetz in der Welt durchsetzen. Die Erfahrungen unserer Geschichte haben uns in besonderer Weise dem freiheitlichen Rechtsstaat und den Menschenrechten verpflichtet. Wir setzen uns hierfür in Europa ein, und wir wollen dies auch in den Vereinten Nationen tun. Wir wollen uns für eine Politik einsetzen, in der der Mensch im Mittelpunkt steht, in der Menschenrecht und Menschenwürde Maßstab allen menschlichen Handelns sind, in der Kraft und Eigeninitiative der Menschen nicht gelähmt werden. Die Welt weiß heute, daß dies eine Voraussetzung für Wohlstand, sozialen Fortschritt und Frieden ist. Die Welt weiß heute auch, daß Zwangsherrschaft entwicklungs- und friedensunfähig macht. Die erschreckende Zahl von weltweit 15 Millionen Flüchtlingen zeigt, daß die Welt von einem befriedigenden Schutz der Menschenrechte und der Minderheitenrechte noch weit entfernt ist.

Die Verletzung der Menschenrechte darf keine innere Angelegenheit der Staaten mehr darstellen, sie ist eine innere Angelegenheit der Staatengemeinschaft als Ganzes. Souveränität muß heute ihre Schranken finden in der Verantwortung der Staaten für die Menschheit als Ganzes und für das Überleben der Schöpfung.

Wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden, dann ist die Völkergemeinschaft nicht zum Zuschauen verurteilt, dann kann und muß sie einschreiten. Vor unseren Augen steht die Verfolgung des kurdischen Volkes. Wer Völker mit Genozid bedroht, wer das ohnehin zerbrechliche Gleichgewicht der Natur einer ganzen Region mutwillig zerstört, der muß vor einem internationalen Tribunal zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir fordern einen internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen, vor dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verbrechen gegen den Frieden, Völkermord, Kriegsverbrechen und Umweltverbrechen angeklagt und verurteilt werden können. Wir fordern einen Gerichtshof, an den sich jeder wenden kann, der sich in seinen Menschenrechten verletzt fühlt. Wir fordern die Ächtung der Folter und der Todesstrafe.

Wir brauchen ein wirksames internationales Umweltrecht und die Errichtung eines internationalen Kontrollsystems. Gegen Staaten, die die Umwelt vorsätzlich zerstören, müssen Sanktionen verhängt werden können. Hierbei geht es auch um die wirksame Bekämpfung von umweltzerstörender Kriegsführung. Für den von Deutschland zu dieser wichtigen Frage geplanten Entschließungsentwurf bitte ich um Ihre Unterstützung.

Wir fordern, daß sich alle Staaten der Konvention gegen Geiselnahme anschließen, und wir fordern Sanktionen gegen die Staaten, die Geiselnahme dulden. Die 1993 stattfindende Weltkonferenz über Menschenrechte muß sich all dieser für eine neue Kultur des Zusammenlebens der Völker so wichtigen Fragen annehmen. Wir freuen uns darauf, die Konferenz in Berlin durchzuführen, diesem Symbol für eine neue Ära der Menschlichkeit und der Zusammengehörigkeit in Europa.

Elfens: Wie die bürgerlichen Menschenrechte wollen wir auch die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte durchsetzen. Das vereinte Deutschland wird weiterhin einen bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung der Staaten der Dritten Welt leisten. Trotz der Aufgaben, die der wirtschaftliche und ökologische Wiederaufbau in Mittel- und Osteuropa stellt, hat die befürchtete Umleitung des Kapitals von Süd nach Ost nicht stattgefunden. Das drückt die Entschlossenheit der westlichen Industrienationen aus, ihrer Verantwortung für die Entwicklung weltweit gerecht zu werden. Deutschland hat trotz großer innerer Beanspruchung und überproportional hoher Unterstützung für die östlichen Nachbarn seine öffentliche Entwicklungshilfe noch gesteigert. Darüber hinaus hat die deutsche Bevölkerung zusätzlich im vergangenen Jahr 1 Milliarde DM an privaten Spenden für humanitäre Zwecke in den Ländern der Dritten Welt aufgebracht. Dies zeigt: Die Bürger unseres Landes vergessen über den Schwierigkeiten im eigenen Land und in Mittel- und Osteuropa nicht die Not der Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

In den Ländern der Dritten Welt wächst die Einsicht, daß man nicht nur die Geberländer in die Pflicht nehmen kann, sondern daß man für sein eigenes Haus zuallererst selbst verantwortlich ist. Die Bundesregierung wird in Zukunft ihre Hilfe noch stärker nach der Bereitschaft der Empfängerländer orientieren, angemessene pluralistische, rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Staaten, die mehr die Stärke ihrer Armeen als das Wohl ihrer Bürger im Sinne haben, können nicht mehr mit unserer Unterstützung rechnen. Jährliche Rüstungsausgaben der Dritten Welt von annähernd 200 Milliarden Dollar sind angesichts des Ausmaßes von Hunger und Elend unverantwortlich. Die Verantwortung trifft Käufer und Verkäufer dieser Waffen gleichermaßen. Allein das Einfrieren dieser Rüstungsausgaben würde jährlich etwa 15 Milliarden Dollar – rund ein Viertel der jährlichen Entwicklungshilfeleistungen – einbringen. Für die Einschränkung der Rüstungsexporte ist größere Transparenz ein erster notwendiger Schritt. Seit 1980 habe ich deshalb die Einrichtung eines

UN-Registers für Waffentransfers gefordert. Dieser nun von der Europäischen Gemeinschaft insgesamt unterbreitete Vorschlag sollte in dieser Generalversammlung endlich breite Unterstützung finden. Wir Deutschen werden unsere Rüstungsexportpolitik noch restriktiver gestalten.

Die hohe Verschuldung ist für viele Entwicklungsländer weiterhin eines der größten Entwicklungshemmnisse. Die Afrika-Debatte hat gezeigt: Eine neue Regelung brauchen vor allem die ärmsten unter den Entwicklungsländern. Der Umfang des Schuldenerlasses muß dem Ausmaß ihrer Not gerecht werden. Die Abschottung der Märkte des Nordens muß beendet werden. Sie entzieht dem Süden jedes Jahr schätzungsweise 100 Milliarden Dollar an möglichen Deviseneinnahmen. Dies ist etwa der doppelte Betrag der Entwicklungshilfe. Deshalb ist der Ausgang der GATT-Verhandlungen nicht allein eine Sache der Industrieländer unter sich, er betrifft vor allem die Zukunft der Entwicklungsländer.

Zwölftens: Wir wollen, daß die Staaten der Dritten Welt an dem Dialog über die Zukunft der Menschheit gleichberechtigt teilnehmen, in allen Bereichen: politisch, ökonomisch, ökologisch und kulturell. Wir sehen auch in Zukunft in der Bewegung der Blockfreien eine für die Stabilität der Welt unverzichtbare Kraft. Die neuen Menschheitsaufgaben, die gewachsene Interdependenz und die Verantwortung der Staatengemeinschaft machen die Suche nach neuen Formen des partnerschaftlichen Dialogs zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd notwendig. Die weltweite Hinwendung zu freiheitlichen Gesellschaftsformen, zu pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft hat für einen solchen Dialog der einen Welt neue günstige Voraussetzungen geschaffen. Dies müssen wir nutzen.

Herr Präsident, während wir hier über die gemeinsamen Zukunftsaufgaben der Weltgemeinschaft sprechen, wird in Europa Krieg geführt. Menschen sterben und verbluten. In Kroatien wird geschossen, und nicht nur dort. Der Präsident und der Ministerpräsident Jugoslawiens erklären, daß die Armee sich der politischen Kontrolle entzogen habe. Sie riefen die Vereinten Nationen an. Die Völker Jugoslawiens haben Anspruch auf Frieden. Die KSZE, die Europäische Gemeinschaft und die WEU bemühen sich um einen Waffenstillstand und eine Friedensregelung. Sie bedürfen dafür der Unterstützung der Staatengemeinschaft und des Sicherheitsrats. Wir erwarten ein verbindliches Waffenembargo. Wir erwarten eine klare und eindeutige Stellungnahme des Sicherheitsrats, damit den Kämpfen ein Ende bereitet werden kann. Militäreinsatz als Mittel der Politik muß unzulässig bleiben. Wir werden niemals einen gewaltsamen Gebietserwerb anerkennen. Wer die inneren und äußeren Grenzen Jugoslawiens mit Gewalt verändern will, stellt die Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens in Frage.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern Jugoslawiens entwickelt. Wir nehmen Partei gegen das eine oder andere Volk. Wir nehmen Partei für die Frauen und Mütter, die nicht wollen, daß ihre Männer und Söhne in einem sinnlosen Krieg verbluten. Wir nehmen Partei für Frieden gegen Krieg, für Menschenrechte, für Minderheitenrechte und für das Recht auf Selbstbestimmung. Wir wünschen den Erfolg der von uns zusammen mit Frankreich beantragten Friedenskonferenz und der Schlichtungskommission, wir wünschen den Erfolg des Vermittlers Lord Carington. Wir werden im Rahmen der EG und in dem Schlichtungsmechanismus alle Kraft einsetzen für einen Frieden, in dem es allein Sache der Völker Jugoslawiens ist, über ihre Zukunft zu entscheiden, so wie die Außenminister der KSZE es am 19. Juni 1991 unter meinem Vorsitz in Berlin entschieden haben.

Herr Präsident, an der Schwelle zu dem neuen Jahrtausend steht die Menschheit vor einer alles überragenden globalen Herausforderung: die Bekämpfung der Armut, die Verringerung des Bevölkerungswachstums und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Von unseren Entscheidungen in den nächsten zehn Jahren wird es abhängen, wie das 21. Jahrhundert aussieht.

Der Gedanke der Freiheit hat in den vergangenen zwei Jahren in einem atemberaubenden Siegeszug das Gesicht Europas, ja der Welt verändert. Was in der kurzen Zeit nicht verändert werden konnte, sind die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse der Menschen. Wenn eine Milliarde Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muß, wenn 23 Prozent der Weltbevölkerung über 85 Prozent des Welteinkommens verfügen, dann ist die Sicherheit aller bedroht!

Noch immer führt der Mensch Krieg gegen die Schöpfung. Wir brauchen einen umfassenden Friedensschluß zwischen den Menschen, zwischen den Völkern und zwischen den Menschen und der Natur. Das sind die Aufgaben einer neuen Weltinnenpolitik. Wir brauchen die Erkenntnis, daß die soziale Frage im Weltmaßstab die große Herausforderung des neuen Zeitalters ist. Nur ein menschenwürdiges Leben für alle schafft Freiheit. Nur dieser Freiheit wird die Zukunft gehören.

In den letzten dreieinhalb Jahrzehnten hat sich die Bevölkerung der Dritten Welt nahezu verdoppelt. In der nächsten Generation werden die Entwicklungsländer über 80 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Bereits heute ist über ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Erde unzureichend ernährt. Was wird in einer Generation sein? Schon diese Frage zeigt das ganze Ausmaß unserer Verantwortung. Es geht darum,

den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht zu werden und zugleich die Interessen zukünftiger Generationen zu wahren – auch bei der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie.

Herr Präsident, die Rüstung des Kalten Krieges hat Unsummen verschlungen. Jetzt geht es darum, unsere gemeinsamen Energien umzu- leiten in die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts: die Bewältigung der sozialen, demographischen und ökologischen Frage und die Bewältigung der Abrüstung. Dies ist die geistige und moralische Herausforderung, vor der unsere Staatenwelt steht. Neues Denken ist von jedem von uns gefordert. Die Zeichen hierfür sind da!

Wann sprach die Stimme der Freiheit und Demokratie mit solcher Kraft wie heute? Es ist wahr: Die Welt hat sich von Grund auf verändert. Sie hat sich verändert aus dem Geist der Freiheit. Menschenrecht und Menschenwürde setzen sich überall durch. Kaum jemals wurde uns dies stärker bewußt als am 21. August diesen Jahres, als in Moskau der Putsch gegen die Freiheit scheiterte. Auf den Tag genau 23 Jahre zuvor hatte die Sowjetarmee den Prager Frühling blutig niedergeschlagen. Dieses Mal weigerten sich die Soldaten derselben Armee, auf die Menschen zu schießen, die in Moskau auf dem Platz des freien Rußland mit ihren Leibern Freiheit und Demokratie verteidigten. Hier wurde für alle Welt deutlich: Die von Michail Gorbatschow mutig eingeleitete Reformpolitik ist unumkehrbar geworden. Damit hat er schon heute seinen Platz in der Geschichte eingenommen. An diesem Tage wurden alle diejenigen im Westen widerlegt, die den Völkern der Sowjetunion den Willen zu Freiheit und Demokratie nicht zugehört hatten. Boris Jelzin, Eduard Schewardnadse, Anatolij Sobtschak, Gawril Popow und Alexander Jakowlew, sie standen mit vielen, vielen Bürgern und Bürgern ihres Landes unerschütterlich für Freiheit und Frieden.

Was Europa und was der Welt zweimal in diesem Jahrhundert versagt

blieb – unsere Generation hat die Chance, die von Präsident Bush beschworene Vision einer neuen Weltordnung zu verwirklichen: Es ist die Vision einer Weltverantwortungsgemeinschaft auf der Basis des Rechts, der Selbstbestimmung der Völker, des solidarischen Zusammenwirkens der Staatengemeinschaft und der Achtung von Mensch und Natur. Wenn diese historische Chance für eine neue und dauerhafte Gemeinschaft der Weltgemeinschaft nicht an wirtschaftlicher Not zerbrechen soll, dann darf der Westen die Menschen, die für die Freiheit ihr Leben einsetzen, jetzt nicht im Stich lassen. Ich habe es bereits 1987 in Davos gesagt und sage es heute erneut: Hier geht es um die Gesamtverantwortung Europas, Amerikas und Japans für den globalen Frieden. Die Chance für eine dauerhafte freiheitliche und demokratische neue Sowjetunion ist eine Chance für die ganze Welt.

Herr Präsident, nach einem Wort des deutsch-amerikanischen Philosophen Hans Jonas wächst die Hoffnung aus der Verantwortung für die Welt. Europa hat sich auf seine Verantwortung gegenüber seinen ureigenen Werten besonnen, es baut sein gemeinsames Haus. Trotz aller Schwierigkeiten gilt: Dieses Friedenswerk ist eine Botschaft der Hoffnung an die Welt.

Das vereinte Deutschland stellt sich ein für allemal auf die Seite von Freiheit und Demokratie, auf die Seite von Menschenrecht und Menschenwürde, auf die Seite von Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz. Das deutsche Volk nimmt ein für allemal Partei für die unveräußerlichen Werte, die allein die Entstehung einer humanen Gesellschaft zulassen.

Das ist die Botschaft des vereinten Deutschland an die Staatengemeinschaft, zu der ich heute zum erstenmal für das eine Deutschland sprechen darf. Wir wollen uns als ein europäisches Deutschland den globalen Herausforderungen der Welt stellen. Jeder Mensch auf dieser Welt ist uns dabei der Nächste.

Literaturhinweis

Zeidler, Frank: Der Austritt und Ausschluß von Mitgliedern aus den Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Bern etc.: Peter Lang (Europäische Hochschulschriften, Reihe II / Rechtswissenschaft, Bd. 905) 1990
328 S., 79,- DM

Niemand konnte bis zum Erscheinen der vorliegenden Abhandlung die reichhaltige Praxis der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen überblicken, zu der vor allem die Versuche Anlaß gegeben haben, das noch unter der Franco-Diktatur stehende Spanien, Südafrika, Portugal und Israel aus der internationalen Gemeinschaft hinauszudrängen. Mit ganz unterschiedlichen Strategien wirkte über viele Jahre die Dritte Welt darauf hin, Kolonialismus und Apartheidpolitik mit der Sanktion des Ausschlusses aus den weltumspannenden internationalen Organisationen zu belegen. Zeitlich später setzten Bemühungen ein, die in dieser Auseinandersetzung gewonnenen Erfahrungen auch gegen Israel zu wenden – allerdings mit geringem Erfolg, denn das Land hat in den USA einen mächtigen Verbündeten, der bereit ist, insoweit unerbittlich gegen jede Verfahrensmanipulation vorzugehen.

Weniger im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen die Fälle, wo ein Staat aus Mißvergnügen an der Politik einer internationalen Organisation den Rückzug antreten will. Der politischen Brisanz entbehren allerdings auch sie nicht. Waren es in den späten vierziger Jahren und zu Beginn der fünfziger Jahre osteuropäische Staaten, die das Band zu den als westlich beherrscht beurteilten Sonderorganisationen zerschneiden wollten, so hatte Indonesien

1965 den Ehrgeiz, mit seinem Austritt zugleich den Kern einer neuen Weltorganisation der Dritten Welt zu schaffen. In neuerer Zeit haben insbesondere die Vereinigten Staaten gemeint, ihr mangelndes Einverständnis mit der Politik mancher Sonderorganisationen durch Austritt öffentlich bekunden zu sollen. So verließen sie 1975 die Internationale Arbeitsorganisation (Wiedereintritt 1980), 1983 die UNESCO. Beide Male war der Verlust des größten Beitragszahlers für die Organisation ein schwerer und kaum auszugleichender Schlag.

Der größte Vorzug des Werkes von Zeidler ist, daß es die einschlägigen Vorgänge sorgfältig in allen Einzelheiten dokumentiert. Jede einzelne Sonderorganisation wird neben den Vereinten Nationen selbst mit ihrer einschlägigen Praxis vorgestellt. Es folgt sodann eine knappe rechtliche Würdigung. In einem Querschnittskapitel werden überdies die generellen Rechtsfragen erörtert, die sich im Hinblick auf Austritt und Ausschluß stellen. In beiden Fällen lautet die interessanteste Rechtsfrage, was zu gelten hat, wenn die jeweilige Satzung keine ausdrücklichen Vorschriften enthält. Angesichts der höchst disparaten Praxis stellt der Verfasser fest, daß nach allgemeinem Völkerrecht kein ungeschriebenes Austrittsrecht bestehe (S.43). Andererseits befürwortet er eine »austrittsfreundliche Mitgliedschaftspolitik« (S.130). In der Tat läßt sich nicht erkennen, welchen Sinn es haben soll, einen Staat an seinen mitgliederschaftlichen Verpflichtungen festzuhalten, wenn er tatsächlich seine Mitwirkung einstellt. Besonders instruktiv erscheint in dieser Hinsicht der Austritt der osteuropäischen Staaten aus der WHO. Offiziell wurden diese Staaten noch als Mitglieder geführt, weil man von seiten der Organisation ein Kündigungsrecht verneinte.

Schließlich sah man sich indes genötigt, zwei Budgets aufzustellen, von denen das eine die Beiträge der aktiven Mitglieder in Rechnung stellte, während das andere auf der fiktiven Annahme einer Beitragszahlung auch durch die de facto ausgeschiedenen Staaten beruhte (S.116).

Im Hinblick auf den möglichen Ausschluß einzelner Mitgliedstaaten verdient besondere Hervorhebung, daß für eine formelle Beendigung der Mitgliedschaft in der Regel eine ausdrückliche Ausschlußklausel vorausgesetzt worden ist. Auch gegenüber Südafrika hat man nur selten das Argument durchschlagen lassen, da das Land durch seine Apartheidpolitik seine völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzt habe, seien die übrigen Mitgliedstaaten nach Artikel 60 Absatz 2a der Wiener Vertragsrechtskonvention ermächtigt, das Vertragsband aufzukündigen (S.165, 211, 290). Nur im Weltpostverein wurde diese Route eingeschlagen; der Verfasser beurteilt sie als satzungswidrig (S.268). Eine ausführliche Würdigung erfahren auch alle Methoden eines verdeckten Ausschlusses durch Verweigerung der Mitwirkung in der Organisation.

Eine methodische Schwäche der Abhandlung liegt in ihrer Gliederung. Zeidler behandelt die allgemeinen Rechtsfragen von Austritt und Ausschluß jeweils vor der Darstellung der einschlägigen Praxis. So kann der Leser mit diesen beiden Abschnitten (S.9–46 bzw. S.134–178) recht wenig anfangen, ehe er sich nicht mit der nachfolgend geschilderten Entwicklung in den einzelnen Organisationen vertraut gemacht hat. Ganz offensichtlich gehören Schlußfolgerungen ans Ende und nicht an den Anfang. Doch allein schon als Nachschlage- und Dokumentationsquelle ist das Buch von unschätzbarem Wert.

Christian Tomuschat □